

Privatdozent Dr. Christoph Görisch, Münster*

„Easy Going in Europa?“

THEMATIK	Reichweite der Grundfreiheiten, Konkurrenz von Warenverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit, Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierungen
SCHWIERIGKEITSGRAD	Zwischenprüfungsklausur
BEARBEITUNGSZEIT	90 Minuten
HILFSMITTEL	EUV, AEUV, GR-Charta, GG (Textsammlungen zum Öffentlichen Recht bzw. Europarecht)

■ SACHVERHALT

Das niederländische Betäubungsmittelgesetz verbietet – wie die entsprechenden Gesetze aller EU-Mitgliedstaaten – unter Strafandrohung Besitz, Vertrieb, Anbau, Transport, Herstellung sowie Ein- und Ausfuhr von Betäubungsmitteln einschl. Cannabis in sämtlichen Erscheinungsformen. Ausnahmen gelten nur in Bezug auf behördlich genehmigte Verwendungen für medizinische und wissenschaftliche Zwecke. Allerdings verfolgen die Niederlande eine Politik der Toleranz gegenüber dem Verkauf und Konsum von Cannabis, das als sog. weiche Droge eingestuft wird, die zwar ebenfalls gefährlich sei, aber nicht in dem gleichen absolut inakzeptablen Maße gesundheitliche Schäden hervorrufe wie die sog. harten Drogen. Durch Verwaltungsvorschriften der Strafverfolgungsbehörde wird daher festgelegt, dass unter bestimmten Bedingungen (insbes. keine Werbung, kein gleichzeitiger Verkauf harter Drogen, keine Abgabe an Jugendliche, Abgabe von max. 5g pro Person und Verkauf) von der Strafverfolgung abzusehen und der Cannabis-Verkauf und -Konsum in privat betriebenen, bistromäßig eingerichteten und bewirtschafteten sog. Coffeeshops zu dulden ist. Die grenznah gelegene Stadt Maastricht, wo die Coffeeshops auch von vielen Belgiern und Deutschen besucht werden, erlässt zur Eindämmung bzw. Unterbindung der durch den Drogentourismus verursachten besonderen Belästigungen eine kommunale Regelung, wonach nur Personen mit tatsächlichem Wohnsitz in den Niederlanden der Zutritt zu den Coffeeshops im Stadtgebiet gestattet ist und bei einem Verstoß gegen diese Regelung eine Betriebsschließung verfügt werden kann.

Der Niederländer N betreibt in Maastricht den Coffeeshop „Easy Going“, in dem Cannabis, alkoholfreie Getränke und Snacks verkauft und konsumiert werden. Nachdem N mehrfach auch nicht in den Niederlanden wohnhaften Deutschen und Belgiern Zutritt zu seinem Coffeeshop gewährt hat, verfügt die zuständige Maastrichter Behörde dessen Schließung. N fragt daraufhin seinen Rechtsanwalt R nach der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. R überlegt, ob das – nicht gegen niederländisches Recht verstoßende – behördliche Vorgehen mit den europäischen Grundfreiheiten vereinbar ist und ob für den Fall, dass die Unterbindung des Cannabishandels mit Ortsfremden zulässig wäre, nicht wenigstens das Speisen- und Getränkeangebot des N davon unberührt bleiben muss. Jedenfalls fehle es insgesamt an einer wirksamen Drogenbekämpfung, da der Cannabishandel mit Ortsansässigen möglich bleibe.

Was wird R dem N antworten? In dem zu erstellenden Gutachten ist, ggf. hilfsweise, auf alle aufgeworfenen Rechtsfragen einzugehen!